

86. Sitzung

Freitag, 20. März 2015

Beurlaubung von Innenminister Studt 7193

Dringlichkeitsantrag "Beurlaubung von Innenminister Studt" -
Drucksache [18/2852](#) (der Vorstoß der Opposition wurde von der Koalition
abgelehnt)

Beschluss: Dringlichkeit abgelehnt 7197

Ausführungen des Ministers für Inneres und Bundesangelegenheiten ... 7197

Angelika Beer[PIRATEN]: 7204

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mir geht es ähnlich wie Astrid Damerow. Die Wortmeldung von Lars Harms kann so nicht einfach stehengelassen werden.

Herr Kollege Harms, Sie haben es damit eigentlich nur noch schlimmer gemacht.

Das Vertrauensverhältnis zwischen Landesregierung und Polizei hat der Innenminister beschädigt, aber Sie beschädigen mit Ihrer Wortmeldung jetzt auch noch die Bundeswehr und Reserveübungen, die viele von uns auch selber mitgemacht haben.

Es geht nicht nur um Wertschätzung der Polizei im Einsatz und unter großen Belastungen, sondern auch der Bundeswehr.

Wenn Sie so etwas schon einmal gemacht hätten, würden Sie wissen, dass es da auch so etwas wie Kameradschaft gibt. Wie Astrid Damerow gesagt hat: Das zieht man durch, da geht man nicht einfach einmal drei Tage weg.

Da ist man in einer Gruppe, da trägt man Verantwortung, unabhängig davon, ob man dafür einen Dienstgrad bekommt oder nicht

Deswegen ist es vollkommen unerheblich, ob es zwei oder drei Tage sind. Entweder, man macht diese Übung, dann macht man sie vom Anfang bis zum Ende, oder man macht sie - wenn man Innenminister ist - zu dem Zeitpunkt überhaupt nicht. - Vielen Dank.

Beschluss:

Tagesordnungspunkt mit der Debatte erledigt 7207

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Parlament? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Debatte. Anträge sind nicht gestellt worden

Anlass war ein Dringlichkeitsantrag der Opposition zum Thema, den die Koalition jedoch abgelehnt hatte. Daraufhin war Studt für ein kurzes Statement an das Mikrofon getreten, was das Recht eines Regierungsmitglieds ist. Er sagte zu, die Reserveübung während des G7-Treffens in Lübeck zu unterbrechen. Diesen Redebeitrag nahm die Opposition wiederum zum Anlass, nun eine Debatte zum Thema zu beantragen, um auf den Minister reagieren zu können – das wiederum ist das Recht des Parlaments.